

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

## **Souveräner Dialog auf Augenhöhe – Deutschlands und Europas Aufgaben zur Verteidigung westlicher Werte im Systemwettbewerb mit China**

Das 19. Jahrhundert war das Jahrhundert Europas. Die industrielle Revolution verwandelte den Kontinent in einen Ort des technischen Fortschritts. Wir profitieren noch heute davon. Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert der USA. Sie haben großartige Innovationskraft mit der ersten bemannten Mondlandung oder der Entwicklung des Internets hervorgebracht. Die große Frage des 21. Jahrhunderts wird sein, ob es das chinesische Jahrhundert sein wird und welche Rolle Europa dabei spielt.

Bereits im Jahre 2004 hat China Deutschland bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung überholt und wird wahrscheinlich schon bald die USA von der Spitzenposition verdrängen. Strategische Pläne wie die Initiative „Made in China 2025“ zur Aufwertung der chinesischen Industrie, insbesondere im High-Tech-Bereich, unterstreichen den Anspruch der Kommunistischen Partei, die Volksrepublik zur führenden Wirtschaftsmacht weltweit zu machen. Zum ersten Mal werden die Industriestaaten mit einem wirtschaftlich erfolgreichen autokratischen Regime konfrontiert. Die Frage nach dem Verhältnis zwischen China und dem Westen reicht weit über technische und ökonomische Aspekte hinaus. Sie ist eine Systemfrage, die die Rolle des Individuums, seiner Freiheit und des Staates betrifft. Kurz: Sie betrifft die Zukunft unseres westlichen Wertesystems.

Für die Freien Demokraten kommt Europa dabei eine wichtige Rolle zu. Die Europäische Union ist zentraler Teil der westlichen Wertegemeinschaft. Demokratie, Menschenrechte und Soziale Marktwirtschaft sind für uns keine austauschbaren Sozialtechniken, sondern Ausdruck unserer Überzeugung vom vernunftbegabten, verantwortungsbewussten und daher zur Freiheit befähigten Menschen. Diese Grundhaltung hat starke Auswirkungen auf unsere Beziehungen zu China. Kommunistische Ideologie, Unterdrückung von Meinungspluralität, Massenüberwachung, Staatskapitalismus und im Ergebnis systembedingte schwere und schwerste Menschenrechtsverletzungen widersprechen unseren Werten.

Eine Strategie für die Rolle Europas und seiner Werte im 21. Jahrhundert muss die Lehren aus der Geschichte ziehen. Im 19. Jahrhundert hat

Europa China seinen Willen militärisch aufgezwungen. Im 20. Jahrhundert hat Deutschland zweimal versucht, die anderen Europäer militärisch zu unterwerfen. Die Folge waren immer Leid, Not und Tod. Europa hat aus den Fehlern der Geschichte gelernt. Begriffe wie „Überlegenheit“ und „Unterwerfung“ wirkten schon immer zerstörerisch für Gesellschaften. Dies gilt umso mehr für eine vernetzte und globalisierte Welt wie unsere. Unsere Strategie für das 21. Jahrhundert muss daher dem Leitbild des souveränen Dialogs auf Augenhöhe folgen, der Win-Win-Situationen anstrebt, um Demokratie, Menschenrechte und freien Handel zu fördern. Gleichzeitig müssen wir wissen und darauf vorbereitet sein, dass es Staaten gibt, die diese Strategie nicht teilen. Die aggressiv-revisionistische Politik Russlands in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, das klar erkennbare militärisch unterfütterte geopolitische Machtstreben Chinas im Pazifik und entlang der sogenannten neuen Seidenstraße, der Konflikt der Atomkräfte Indien und Pakistan um Kaschmir sowie derzeit auch die bisweilen aggressive Rhetorik des US-Präsidenten zeigen, wie schwer es sein wird, dieses Leitbild sogar gegenüber strategischen Partnern zu verwirklichen.

Das Leitbild des souveränen Dialogs auf Augenhöhe formuliert somit einen Anspruch an die Fairness der anderen. Es formuliert vor allem auch den Anspruch an Europa selbst, zu einem souveränen Akteur zu werden, der als Dialogpartner auf Augenhöhe ernstgenommen wird. Dazu gehören politische und diplomatische Handlungsfähigkeit, ökonomische und wissenschaftliche Stärke, aber auch militärische Ressourcen, die dazu beitragen, sich selbst nicht in die weltpolitische Irrelevanz zu verabschieden und so zum Spielball im Wettstreit der Supermächte zu werden.

**Dazu legen wir folgende Leitlinien vor:**

### **1. Europa muss der Kontinent der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte sein**

Wenn weltweit Freiheits- und Menschenrechte unter Druck geraten, muss die Europäische Union ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts für ihre über 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger sein. Wir verstehen Europa als Vorbild eines rechtsbasierten und demokratischen Miteinanders. Doch im Zeitalter des Populismus werden diese Rechte und Freiheiten zunehmend bedroht. Andererseits wird der wirtschaftliche Erfolg Chinas zum Vorwand genommen, um die Notwendigkeit von Demokratie und Freiheit in Frage zu stellen. Wir sind trotz des Aufstiegs Chinas der Überzeugung, dass Freiheit, Demokratie und Menschenrechte notwendige Voraussetzungen für erfolgreiche und stabile Gesellschaften sind. Diese Überzeugung können wir jedoch nicht glaubwürdig nach außen vertreten, wenn vereinzelte EU-Mitgliedstaaten Rückschritte im Bereich der Rechtsstaatlichkeit machen. Hier muss die EU dringend besser werden. Die Strahlkraft der „Normative Power“ Europa ist enorm. Wir müssen diese weiter stärken und ihr international zu mehr Geltung verhelfen!

Wir fordern:

- Europa setzt sich selbst den Anspruch, eine Vorbildrolle beim Schutz der Grundrechte einzunehmen. Wir können es deshalb nicht hinnehmen, dass Freiheits- und Bürgerrechte entgegen der EU-Grundrechtecharta eingeschränkt oder die Werte der Europäischen Union schwerwiegend gefährdet werden. Wir fordern daher eine Aufwertung der Europäischen Grundrechteagentur und eine Stärkung des EU-Rechtsstaatsmechanismus. Auch die Gewährung finanzieller Mittel an einen Mitgliedstaat muss an die Einhaltung der gemeinsamen Werte, die Wahrung von Bürgerrechten und die Existenz einer rechtsstaatlichen Ordnung mit unabhängiger Justiz geknüpft werden.
- Um Menschenrechte und individuelle Freiheit auch über die Grenzen der EU hinaus vertreten zu können, wollen wir, dass die EU ihre enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Menschenrechtsinstitutionen des Europarates, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und den Vereinten Nationen vertieft.
- Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), der über die in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verankerten Rechte wacht, muss personell und finanziell gestärkt werden. Um eine einheitliche Auslegung menschenrechtlicher Verpflichtungen auf dem Kontinent zu garantieren, wollen wir, dass die EU der EMRK beitrifft.
- Für Auf- und Ausbau des chinesischen Rechtswesens ist es wichtig, Reformen aktiv zu begleiten, die Rechtsstaatlichkeit stärken können. Dazu muss der Rechtsstaats- und Menschenrechtsdialog ausgebaut werden. Neben Regierungstreffen sollte auch der Austausch von chinesischen und deutschen Akteuren an Universitäten sowie in Justiz, Verwaltung und Wirtschaft ausgeweitet werden. In diesem Rahmen muss die Bundesregierung Menschenrechtsverletzungen, wie beispielsweise die Masseninternierung der uigurischen Bevölkerung in Xinjiang, klar zur Sprache bringen.
- Zu Menschenwürde und Demokratie gehört der Schutz der informationellen Selbstbestimmung. Eine Übermittlung personenbezogener Daten in andere Staaten darf nur erfolgen, wenn dort ein gleichwertiges Datenschutzniveau gewährleistet ist. Hier bestehen im Falle von China aufgrund extensiver Überwachungsbefugnisse und Ansätzen wie dem Social-Credit-System erhebliche Bedenken. Es muss sichergestellt sein, dass Daten, die aus der EU übermittelt werden, hierfür nicht verwendet werden.
- Europa muss mittelfristig weitestgehend autark mit eigenen Cloud-Anbietern und europäischen Datenschutzstandards sein, um etwa die Abhängigkeit von außereuropäischen Cloud-Anbietern zu verringern und damit die Daten von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Unternehmen besser zu schützen.
- Europa muss den Wert deutlich machen, den es Freiheit und Bürgerrechten beimisst. Daher sollten staatliche Behörden keine

Produkte von chinesischen Unternehmen beziehen, deren Produkte Kern des Systems der uferlosen Massenüberwachung der Menschen in China sind. Bei sicherheitskritischer Infrastruktur, wie beispielsweise 5G, sollte Europa bereit sein, auf die Nutzung chinesischer Technik zu verzichten, wie China auch bestimmte Bereiche von ausländischen Investitionen und Unternehmen ausnimmt. Der Export von Überwachungstechnologien ist in Zeiten digitaler Vernetzung ein kritischer Bereich; diese Technologien sind in autokratischen Staaten ein Mittel, die Freiheit von Meinungen und Medien einzuschränken und eine aktive Zivilgesellschaft zu unterdrücken. Europa braucht deshalb eine gemeinsame politische Linie für menschenrechtliche Standards in der Rüstungskontrolle, die auch neue Technologien einbeziehen, und einheitlich angewandte Verfahren.

- Die Verwendung von Daten aus dem chinesischen Social-Credit-System als Bewertungsgrundlage für eine Visavergabe an chinesische Staatsbürger im Rahmen der Digitalisierung des Visaverfahrens lehnen wir ebenso ab wie die Erstreckung des Social-Credit-Systems auf deutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in China aktiver deutscher Firmen sowie die Unternehmen selbst.
- Deutschland und seine europäischen Partner müssen sich gemeinsam mit den USA mit Nachdruck gegenüber China für die Einhaltung der chinesisch-britischen Erklärung von 1984 zu Hongkong, die Wahrung der vertraglich zugesicherten Bürgerrechte und die Achtung des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“ einsetzen. Gleichzeitig muss die Europäische Union gegenüber China und der Regierung von Hongkong die Vermeidung von Gewalt gegenüber den friedlich protestierenden Bürgern anmahnen sowie die Regierung von Hongkong zur dauerhaften Rücknahme des Auslieferungsgesetzes auffordern. Sollte die Volksrepublik China gegenüber den friedlichen Demonstranten in Hongkong gewaltsame Maßnahmen wie 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens ergreifen, muss Deutschland das gemeinsam mit den europäischen Partnern verurteilen. In diesem Fall darf die Europäische Union auch Sanktionen nicht ausschließen. Deutsche und europäische Firmen dürfen sich von China weder in Hongkong noch in Taiwan unter Druck setzen lassen, wenn es um die demokratischen Rechte ihrer Mitarbeiter geht.
- Das Vorgehen der chinesischen Regierung gegenüber Hong Kong hat deutlich gemacht, dass eine Wiedervereinigung nach dem Modell Hong Kong keine Option für Taiwan ist. Eine Wiedervereinigung zwischen China und Taiwan kann nur im friedlichen Konsens erfolgen.

## **2. Europa muss geschlossen und handlungsfähig sein**

Der Gedanke eines „vereinten Europas“ ist bereits in der Präambel des Grundgesetzes verankert, genauso der Anspruch der Mütter und Väter des Grundgesetzes an die Bundesrepublik, in diesem vereinten Europa

dem Frieden der Welt zu dienen. Die Europäische Union ist eines der größten Friedensprojekte der Geschichte. Deutschland muss deshalb eine Vorreiterrolle dabei einnehmen, gemeinsam mit seinen europäischen Partnern Erosionstendenzen in der EU entgegenzuwirken. Wir als Fraktion der Freien Demokraten wollen nicht hinnehmen, wenn die EU zur Projektionsfläche für Globalisierungsängste und als Spielball von Populisten genutzt wird. Damit das vereinte Europa auch im 21. Jahrhundert als souveräner Dialogpartner auf Augenhöhe ernstgenommen wird, muss die Europäische Union ihre Aufgaben und ihre Institutionen mit breiter demokratischer Unterstützung reformieren und dadurch handlungsfähiger werden.

Wir fordern:

- Ein Europäischer Konvent nach Art. 48 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) sollte bis spätestens 2022 einberufen werden. Dieser Konvent muss, im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas, den Entwurf einer Europäischen Verfassung erarbeiten. Eine neue Europäische Verfassung sollte der Grundstein sein für die Schaffung einer handlungsfähigen Europäischen Union der Zukunft.
- Die EU-Kommission muss auf höchstens 18 Kommissare verkleinert werden. Hierbei sollten klare und einfach zurechenbare Ressorts vergeben werden, die den EU-Zuständigkeiten entsprechen. Damit kann sich die Kommission wirksam auf die Bereiche mit europäischem Mehrwert konzentrieren.
- Das Europäische Parlament ist zu einem Ort geworden, an dem große und für Europa wegweisende Debatten stattfinden. Es sollte deshalb das Recht erhalten, Gesetzgebungsvorhaben initiativ anzustoßen. Die Wahl zum Europäischen Parlament sollte bei der nächsten Europawahl 2024 nach einem einheitlichen Wahlrecht mit staatenübergreifenden Listen und Spitzenkandidatinnen und -kandidaten erfolgen.
- Die Europäische Union muss den Brexit nutzen, um ihr sicherheitspolitisches Instrumentarium zu entwickeln. Die europäische Sicherheitsforschung muss entschiedener als bisher vorangetrieben werden, um gemeinsam die polizeilichen und militärischen Fähigkeiten und Technologie zu entwickeln, die Digitalisierung, geopolitische Konflikte, Migration und andere Herausforderungen erforderlich machen.

### **3. Europa muss seine Interessen souverän wahrnehmen**

Die chinesischen Drohgebärden gegenüber den protestierenden Bürgern von Hongkong beherrschen derzeit ebenso die Nachrichten wie der Handels- und Währungskonflikt zwischen den USA und China. Die aktuellen Meldungen zeigen beispielhaft, wie die Auswirkungen des Aufstiegs Chinas die internationale Ordnung verändern und die westlichen Staaten wirtschaftlich, gesellschaftlich und geopolitisch herausfordern. Viel

wird deshalb davon abhängen, wie es der internationalen Gemeinschaft gelingt, die tektonische Machtverschiebung durch den chinesischen Aufstieg zu gestalten. Europa muss sich auf diese Veränderungen vorbereiten. Das China des 21. Jahrhunderts ist nicht die Sowjetunion des Kalten Krieges, die Beziehungen zwischen China und dem Westen sind einzigartig in ihrer Komplexität. Europa muss deshalb seine eigenen Stärken weiterentwickeln und seine Interessen souverän vertreten. Wir müssen für unsere eigenen Werte eintreten, dürfen aber gleichzeitig nicht Felder möglicher Zusammenarbeit mit China ungenutzt lassen.

Wir fordern:

- Die Europäische Union braucht einen einheitlichen Umgang mit Chinas Initiative für eine „neue Seidenstraße“ (Belt and Road Initiative, BRI) und den damit einhergehenden Investitionen und Infrastrukturprojekten, die langfristig auch Abhängigkeiten von EU-Staaten oder Beitrittskandidaten schaffen und damit den Einfluss Chinas auf EU-Entscheidungsprozesse erhöhen.
- Die EU-Strategie zur Förderung der Konnektivität mit Asien muss strategisch weiterentwickelt werden. Dazu gehört die Vertiefung der Partnerschaft mit den Staaten in Zentralasien und der Ausbau der Beziehungen zu den ASEAN-Staaten.
- Die EU muss wirtschaftlich schwachen Staaten in der europäischen Nachbarschaft und in Afrika verstärkt Alternativen anbieten, und den Freihandel fördern, um zu vermeiden, dass sie sich dauerhaft finanziell an China binden.
- Die Europäische Union muss offenen und verdeckten Versuchen von Akteuren wie China oder Russland mit Nachdruck entgegenzutreten, deren Ziel es ist, die EU oder die Einheit der EU-Mitgliedstaaten zu schwächen. Initiativen wie das chinesische 17+1-Format haben ebenso das Potential Europa zu spalten und europäische Handlungsfähigkeit einzuschränken wie russische Desinformationskampagnen.
- Sogenannten Information Operations (z.B. Desinformationskampagnen) als außenpolitisches Mittel und hybriden Bedrohungslagen muss die Europäische Union mit der Ausbildung möglichst umfassender Resilienz entgegenzutreten. Dies umfasst sowohl die Herausbildung psychologischer Resilienz der europäischen Gesellschaften in Bezug auf Desinformation und andere Formen der Beeinflussung als auch die strategische Herausbildung physischer Resilienz, insbesondere in Bezug auf IT-Systeme und kritische Infrastrukturen.
- China ist in der Verantwortung, aktiv eine Lösung des gefährlichen Konflikts im Südchinesischen Meer mit friedlichen Mitteln und den Instrumenten multilateraler Vereinbarungen und internationalen Rechts voranzutreiben. Europa kann als ehrlicher Makler seinen Beitrag zur friedlichen Beilegung des Konfliktes leisten. Dazu sollte ein multilateraler Konfliktlösungsmechanismus im Südchinesischen Meer

- gefördert und entsprechende diplomatische Initiativen in der Region und in internationalen Foren aktiv unterstützt werden.
- Deutschland muss sich für einen intensiven Dialog Europas mit den Vereinigten Staaten über den Umgang mit der chinesischen Politik und ihren Auswirkungen einsetzen. Der Zusammenhalt des Westens ist keine Selbstverständlichkeit, umso härter muss daran gearbeitet werden. Die Bundesregierung sollte für Regierungskonsultationen mit den USA auf Ministerebene gegenüber der Trump-Administration werben, wie sie schon mit Frankreich, Spanien, Indien, Brasilien und China bestehen.
  - Die Europäische Union sollte mit Nachdruck gegenüber der Trump-Administration deutlich machen, dass sie den Einsatz von Handels- und Finanzinstrumenten als eine Art Waffe in einer globalisierten und vernetzten Welt als falschen Weg ablehnt.
  - Die EU-Kommission muss ihre Bemühungen intensivieren, mit den USA ein WTO-konformes Handelsabkommen zu verhandeln, das zunächst alle Zölle und Importquoten für Industriegüter vollständig beseitigt und schnelle Erleichterungen bei nicht-tarifären Handelshemmnissen sowie Fortschritte in der regulatorischen Zusammenarbeit bringt. Wir erwarten von Deutschland und den europäischen Partnern, dass nach erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen mit den USA über ein bilaterales Industriegüterabkommen der Schwung genutzt wird, um mit Washington einen neuen Anlauf zu starten, TTIP aus dem Eisschrank zu holen.

#### **4. Europa muss Vorreiter des regelbasierten Multilateralismus sein**

Die multilateralen Institutionen sind nach dem Zweiten Weltkrieg als Garanten für eine friedliche Beilegung von Konflikten entstanden. Sie verkörpern die Stärke des Rechts als Gegenentwurf zum Recht des Stärkeren und demonstrieren, dass die Beziehungen zwischen Staaten nicht zwangsläufig Nullsummenspiele sein müssen. Dies gilt für die Vereinten Nationen, die OSZE, den Europarat, den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, aber auch die Institutionen des Welthandelssystems. Die Liberalisierung der Märkte für Güter und Dienste seit Mitte des 20. Jahrhunderts hat der Menschheit Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität gebracht. Sie hat auch zum globalen Frieden einen wichtigen Beitrag geleistet, nicht zuletzt durch immer engere Handelsbeziehungen zwischen früheren Feinden. Diesen Weg wollen wir fortsetzen, und zwar im Rahmen des multilateralen Regelwerks der Welthandelsorganisation (WTO). Denn Wachstum und Wohlstand wird es langfristig nur durch den Abbau von Handelshemmnissen und einem von der WTO sichergestellten „level playing field“ geben. Wir müssen die WTO als zentralen Ort zur Schaffung eines fairen und regelbasierten globalen Welthandelssystems mit einem effektiven System der Streitbeilegung stärken und reformieren.

Wir fordern:

- Angesichts grenzüberschreitender Herausforderungen brauchen wir international abgestimmte Antworten statt nationaler Alleingänge. Internationale Partnerschaften müssen wir auch in schwierigen Zeiten intensiv pflegen. Deutschland und die EU müssen gemeinsam mit unseren internationalen Partnern innerhalb bewährter Organisationen wie den VN, der NATO, der OSZE oder der G7 handeln.
- Die Bekämpfung des Klimawandels ist eine globale Herausforderung, die die internationale Gemeinschaft nur gemeinsam erfolgreich meistern kann. Die Europäische Union sollte deshalb mit Nachdruck gegenüber den USA für deren Verbleib im Pariser Klimaabkommen werben.
- Die Europäische Union muss den Kooperationsgedanken in der internationalen Klimapolitik stärken, indem die Möglichkeiten des Pariser Abkommens zur internationalen Zusammenarbeit bei der Umsetzung nationaler Klimaschutzziele konsequent genutzt sowie bestehende Emissionshandelssysteme erweitert und miteinander verknüpft werden.
- Die nukleare Multipolarität des 21. Jahrhunderts lässt die Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen des 20. Jahrhunderts erodieren – auch weil sich die Sicherheitsinteressen der ehemaligen Supermächte des Kalten Krieges wandeln. Der Zerfall des INF-Vertrags aufgrund des russischen Vertragsbruchs steht hierfür beispielhaft. Europa muss deshalb Impulsgeber für neue multilaterale Rüstungs- und Abrüstungskontrollabkommen sein, beispielsweise ein Verbot der nuklearen Bewaffnung von landgestützten Mittelstreckenraketen und Drohnen, die die Chance bieten, neben den USA und Russland auch China an den Verhandlungstisch zu holen.
- Europa sollte seine Vorreiterrolle auch nutzen, um sich auf internationaler Ebene für völkervertragliche Regelungen zur Steigerung der IT-Sicherheit und zur Einhegung des Einsatzes von „Cyberwaffen“ innerhalb und außerhalb bewaffneter Konflikte einzusetzen. Ein erster Ansatzpunkt könnte das Abkommen zwischen den USA und China sein, kritische zivile Infrastruktur nicht zu beeinträchtigen.
- Statt Protektionismus bleiben wir bei unserer Vision für die vollständige Abschaffung aller Zölle, den Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse und die komplette Abschaffung aller handelsverzerrender Subventionen. Freier und ungehinderter Handel, dessen Regeln von einer starken WTO überwacht werden, sind die Voraussetzung für fairen Wettbewerb weltweit.
- Die EU sollte die Ergebnisse des G7-Treffens von Biarritz nutzen, um die amerikanische Blockade des Streitbeilegungsgremiums der WTO („Appellate Body“) aufzuheben.

## **5. Europa muss ein außenpolitisches Schwergewicht werden**

Die internationale Ordnung befindet sich im Wandel. Aufstrebende Staaten und nichtstaatliche Akteure erlangen Macht und Einfluss in

der internationalen Politik, regionale Machtzentren verschieben sich oder diffundieren. Etablierte Formate des Regierens geraten dadurch zunehmend unter Druck. Die internationale Staatengemeinschaft steht einer zunehmenden Zahl von globalen, vernetzten Herausforderungen gegenüber, die nur gemeinsam auf globaler Ebene gemeistert werden können. Eine kluge gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ist deshalb notwendiger denn je. Die Europäische Union kann, wenn sie mit einer Stimme auftritt, ein Akteur auf Augenhöhe mit anderen Staaten sein. Damit die EU das Gewicht, das sie schon heute in Fragen des Handels und der Wirtschaftspolitik hat, auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik entwickeln kann, brauchen wir starke europäische Institutionen, strategische Autonomie und eine entsprechende militärische Handlungsfähigkeit. Nur gemeinsam kann die EU auch in Zukunft eine Stimme für Frieden und Wohlstand in der Welt sein und Sicherheit für ihre Bürgerinnen und Bürger garantieren.

Wir fordern:

- Europa muss mehr Gewicht in der Welt haben. Wir streben einen ständigen europäischen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an. Die nichtständige Mitgliedschaft Deutschlands in den Jahren 2019–2020 sollte genutzt werden, um durch eine möglichst enge Abstimmung mit dem ständigen Mitglied Frankreich Konzepte zu entwickeln, wie ein europäisch ausgefüllter Sitz in der Praxis aussehen könnte.
- Europa muss auch nach dem Brexit imstande sein, selbst für seine Sicherheit zu sorgen. Wir fordern daher die Einrichtung eines Europäischen Sicherheitsrates (ESR) unter dem Vorsitz des Hohen Vertreters als Plattform für sicherheitspolitische Debatten und zentralen Ort europäischer Strategiebildung. Frankreich wird nach dem Brexit der einzige EU-Mitgliedstaat mit einem ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat sein, ihm kommt daher im ESR eine besondere Rolle zu.
- Europa muss in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) entscheidungs- und damit handlungsfähiger werden. Wir fordern daher mehr Mehrheitsentscheidungen in der GASP.
- Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik muss gestärkt werden, damit er zukünftig als echter „EU-Außenminister“ agieren kann. Er muss für alle zentralen Bereiche der europäischen Außenpolitik, einschließlich der Europäischen Nachbarschafts- und Entwicklungspolitik, zuständig sein und eine institutionelle Stärkung erfahren. Gleichzeitig muss der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) insgesamt gestärkt werden. Hierfür sollten insbesondere die EU-Sonderbeauftragten und ihre Mitarbeiterstäbe in den EAD integriert werden, um die Kohärenz der Maßnahmen in den jeweiligen Regionen und Staaten zu steigern.
- Europa benötigt eine europäische Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle zur eigenverantwortlichen

Gewährleistung der Sicherheit in und für Europa. Dazu fordern wir, aufbauend auf der Europäischen Verteidigungsunion und der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO), die schrittweise Verzahnung und den Ausbau gemeinsamer Fähigkeiten der Streitkräfte der integrationswilligen Mitgliedsländer.

- Deutschland sollte im Sinne eines vernetzten Ansatzes langfristig drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationale Sicherheit (3D – defence, development and diplomacy) investieren und damit auch seine in der NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllen.
- Die Europäische Union muss sich für eine wertebasierte Entwicklungszusammenarbeit stark machen, die die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) anstrebt und die Instrumente der Entwicklungs-, Außen-, Sicherheits-, Handels- und Wirtschaftspolitik nahtlos aufeinander abstimmt und effektiv einsetzt.
- Die EU soll einen Beitrag dazu leisten, dass afrikanische und asiatische Staaten sich nicht in einseitige Abhängigkeiten der von China mittels seiner Entwicklungszusammenarbeit verfolgten geostrategischen Interessen begeben müssen. Dazu braucht Europa eine starke Finanzierungsinstitution, die als gemeinsame Europäische Entwicklungsbank und als Tochtergesellschaft der Europäischen Investitionsbank (EIB) gegründet werden sollte.

## **6. Europa muss ein Ort der Innovation sein**

Erfolgreiche Gesellschaften brauchen Innovationen. Ohne ausreichende Investitionen in Bildung und Forschung wird Europa auf Dauer nicht wettbewerbsfähig bleiben können. Spitzenreiter in Forschung und Innovation kann Europa jedoch nur sein, wenn wir unsere Kräfte bündeln. Unsere Hochschulen und Forschungszentren müssen besser vernetzt werden, die Mobilität für Studierende und wissenschaftlichen Nachwuchs muss weiter erhöht werden, wir brauchen europäische Hochschulen. Auch muss Europa endlich die Chancen der Digitalisierung ergreifen. Wir müssen unsere Verwaltungen modernisieren und eine Kultur der Technologieoffenheit pflegen.

Wir fordern:

- „Horizont Europa“ muss weiterentwickelt werden. Hierbei müssen klare Schwerpunkte in den Bereichen Biotechnologie, Gentechnologie, Gesundheitstechnologie, Chemie, Energietechnik, Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), Mobilität und Nanotechnologie gesetzt werden.
- Die EU muss eine Europäische Agentur für Sprunginnovationen gründen. Sie sollte komplementär zu vergleichbaren nationalen Agenturen sein und so radikale und disruptive Innovationen befördern, indem sie eine Koordinierungsfunktion übernimmt und Rahmenbedingungen für Innovation verbessert.

- Da die Mitgliedstaaten der EU nur gemeinsam Spitzenreiter in Forschung und Innovation sein können, muss der digitale Austausch unter europäischen Wissenschaftlern gewährleistet und verbessert werden. Die digitale Revolution schafft auch in der Wissenschaft neue Möglichkeiten. In einem digitalen europäischen Netzwerk für Wissenschaft und Forschung sollen PhD- oder andere Forschungsprojekte digital durchgeführt werden können. Die notwendigen Materialien für Open Data sollten dezentral bereitgestellt werden.
- Die öffentlichen Verwaltungen sollten in Europa durchgehend digital arbeiten. Statt einzelne analoge Verfahren und Formulare digital abzubilden, müssen gemeinsame Datenumgebungen geschaffen und Prozesse so angepasst werden, dass Medienbrüche vermieden werden.
- Das Innovationsprinzip muss in der EU gleichberechtigt neben dem Vorsorgeprinzip stehen. Europäische Unternehmen brauchen ein innovationsstimulierendes regulatives Umfeld, eine digitale Regulierungsbremse, damit wieder mehr Innovationen von Europa ausgehen.
- Wir müssen die Stärken unserer Wirtschaft stärken: Die Rahmenbedingungen für die Digitalisierung unserer Industrie müssen stimmen! Dazu gehören eine hervorragende Breitbandinfrastruktur, aber auch die aktive Einbringung deutscher und europäischer Interessen in internationale Standardisierungsprozesse.
- Europa muss eine Führungsrolle im Bereich der IT-Sicherheit übernehmen. Wir brauchen daher u.a. europäische IT-Mindeststandards, die insbesondere vorsehen, dass IT-Sicherheit bereits bei der Konstruktion von Produkten berücksichtigt wird („security by design“) und verpflichtend die Verschlüsselung von Kommunikationsinhalten vorsehen, um die Vertraulichkeit der Privatsphäre und von Unternehmensinformationen zu schützen.

## **7. Europa braucht wirtschaftliche Dynamik**

In einer sich dynamisch entwickelnden Welt bedeutet Stillstand automatisch Rückschritt. Wenn Europa nicht abgehängt werden will, muss es sich wirtschaftlich ständig weiterentwickeln. Dabei haben wir hervorragende Grundlagen: Der Europäische Binnenmarkt ist heute der größte Handelsraum der Welt. Er ermöglicht Fortschritt in all seinen Regionen. Damit sich diese Dynamik fortsetzen kann, wollen wir ihn mit der Vollendung des Binnenmarktes auf die nächste Stufe heben. Ebenso ist der Freihandel eine zentrale Säule des Wohlstands in Europa. Wir wollen die Chancen von regelbasiertem Handel und offenen Märkten noch stärker nutzen und insbesondere die Zusammenarbeit mit den Staaten in Süd- und Südostasien weiter ausbauen. Die liberale Welthandelsordnung, die allen daran Beteiligten innerhalb und außerhalb Europas in den vergangenen Jahrzehnten eine nie dagewesene Steigerung von Wohlstand gebracht hat, müssen wir gegen Stimmen des Protektionismus und des Populismus von rechts und links verteidigen.

Wir fordern:

- Europa braucht regelbasierten Wettbewerb und Mut zu mehr Binnenmarkt. Seit 20 Jahren arbeitet die Europäische Union die wirtschaftspolitischen Vorgaben der „Lissabon-Strategie“ und der „Strategie Europa 2020“ ab. Zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt hat es uns bisher nicht gemacht. Für die nächste Strategiephase 2020 bis 2030 braucht Europa mehr wirtschaftlich sinnvolle Projekte, die uns voranbringen, aber auch Sinn stiften. Eine europäische Mondmission und ein europäisches Weltraumgesetz sollen bis 2030 realisiert werden.
- Wir müssen den Europäischen Binnenmarkt endlich vollenden und zwar vor allem in jenen Bereichen der Wirtschaft, in denen unterschiedliche nationale Standards eine vollständige Integration verhindern. Ganz vorne steht dabei ein gemeinsamer Binnenmarkt für Digitales und Energie. Dadurch können bessere Bedingungen für Verbraucherinnen und Verbraucher, mehr Wachstum, Arbeitsplätze und wirtschaftliche Stabilität erreicht werden. Nur ein vollständig integrierter Binnenmarkt statt 27 zersplitterter Märkte kann Augenhöhe gegenüber China und den USA herstellen.
- Die Schaffung eines „Digitalen Airbus“. Eine europäische intelligente Technologiepolitik, die den Konzentrierungstendenzen der Plattformökonomie im Bereich Cloud-Computing entgegnet. Hierbei können wir uns, unter Einbindung der Innovationskraft des deutschen und europäischen IT-Mittelstandes, die Schaffung einer gemeinschaftlichen europäischen digitalen Plattform nach dem Vorbild von Airbus vorstellen, damit Europa mit seiner mittelständisch geprägten Wirtschaft nicht in Abhängigkeit zu den USA und ins Hintertreffen gegenüber China gerät. Diese Plattform könnte etwa für Wissenstransfer, zur Kooperation beim Aufbau einer europäischen Regierungcloud, für ein Satellitenprogramm oder zur Erforschung Künstlicher Intelligenz (KI) genutzt werden. Bei der Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand für Cloud-Projekte ist im Rahmen des zukünftigen Ausschreibungs-Designs darauf zu achten, dass sowohl offene Schnittstellen als auch eine standardmäßige Verschlüsselung von Inhalten vorausgesetzt werden. Dies würde sowohl den Wettbewerb befördern und die notwendige Souveränität über die Daten in der Cloud sichern als auch die Möglichkeiten der Auswertung von Daten zum Zwecke der Industriespionage und den Zugriff durch andere staatliche Behörden verringern.
- Gleichzeitig ist eine Stärkung des europäischen Mittelstands für uns Freie Demokraten besonders wichtig. Im Gegensatz zu der einseitigen Industriestrategie des Bundeswirtschaftsministers, die einseitig auf die Förderung von Großunternehmen abzielt, sind wir davon überzeugt, dass eine große Stärke der europäischen Wirtschaft im Mittelstand liegt. Gerade in Deutschland verdanken wir unsere Exportstärke maßgeblich

den vielen Hidden Champions im Mittelstand. Deswegen ist es wichtig, dass wir die Standortbedingungen für die mittelständische Wirtschaft stärken u.a. Durch Bürokratieabbau, wettbewerbsfähige Energiekosten und Entlastungen bei Steuer und Abgaben.

- Europa muss Spitzenreiter bei neuen Freihandelsabkommen werden. Die Abkommen mit den ASEAN-Staaten sowie mit Australien und Neuseeland sollen schnellstmöglich abgeschlossen, die mit Kanada und Mercosur schnellstmöglich ratifiziert werden. Aktuell bietet das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Mercosur die Chance, die Pariser Klimaziele multilateral zu bekräftigen und an weitere Kontrollmechanismen (Streitschlichtungsorgane) anzuknüpfen.
- Ein Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik muss die Verbesserung der Marktzugänge für kleine und mittlere Unternehmen weltweit sein. Es müssen mehr Impulse zur Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit gesetzt werden und Maßnahmen erfolgen, die die europäischen Start-ups und Unternehmen im zunehmenden Wettbewerb mit den großen Digitalkonzernen stärken, zum Beispiel durch die Förderung neuer, innovativer Geschäftsmodelle und bessere Finanzierungsmöglichkeiten.
- Europa benötigt ein einheitliches Patentrecht, um Innovationen auf dem Europäischen Binnenmarkt zu fördern und die oftmals sehr aufwändigen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, die den zahlreichen technischen Erfindungen zugrunde liegen, zu schützen. Damit der Patentrechtsschutz in Europa jedoch auch wirksam durchgesetzt werden kann, müssen wir alles tun, damit das Übereinkommen über das Einheitliche Europäische Patentgericht, das seit nunmehr über sechs Jahren vorliegt, in Kraft treten und das Gericht schnellstmöglich seine Arbeit aufnehmen kann.

## **8. Europa muss ein Ort des fairen Wettbewerbs und des stabilen Geldes sein**

China kontrolliert den Zugang zu seinem Binnenmarkt über eine ganze Reihe von Wettbewerbsbeschränkungen. Sowohl auf dem Gebiet des Marktzugangs als auch des Schutzes geistigen Eigentums und seiner Währungspolitik schränkt China die Prinzipien des freien Welthandels empfindlich ein. Trotz einiger Reformen bestehen in mehreren Branchen noch immer Investitionsverbote, Beteiligungsobergrenzen oder der Zwang zu Joint-Ventures. Im Ergebnis besteht weiterhin eine hohe Asymmetrie im Marktzugang zwischen China und der EU.

Darüber hinaus erwartet China von Unternehmen, die Zugang zu seinem Binnenmarkt wollen, massiven Know-how-Transfer. In einer globalen Informationsgesellschaft ist Wissen aber mindestens so wertvoll wie Kapital. Ein erzwungener Know-how-Transfer wirkt ökonomisch wie eine Marktzugangs-Taxe. China ist aber kein Entwicklungsland mehr. Wir brauchen faire Wettbewerbsbedingungen für beide Seiten, dafür muss

China auf unfaire Wettbewerbspraktiken verzichten, auch im eigenen Interesse für mehr Innovationskraft durch Wettbewerb. Dafür brauchen wir neben einer aktiven Wirtschaftsdiplomatie auch die Schärfung der europäischen Anti-Subventionsinstrumente und den Ausbau der Anti-Dumping-Maßnahmen auch bei Dienstleistungen.

China betreibt eine Form von Währungsbewirtschaftung, die ein weltweites „race to the bottom“ bei der Währungsstabilität auslöst. Mit zunehmendem Export weitet es seine Geldmenge aus, damit der Außenwert des Renminbis nicht steigt. Dies entspricht faktisch einer Abwertung und setzt insbesondere Volkswirtschaften unter Wettbewerbsdruck, die früher selbst regelmäßig mit Abwertungen gearbeitet haben. Dazu gehören auch Volkswirtschaften des Euroraums. Dieser Druck sorgt mit dafür, dass die Europäische Zentralbank wiederum die Geldmenge im Euro-Raum ausweitet.

Stattdessen brauchen wir eine monetäre Wende hin zur freien Preisbildung auf den Devisenmärkten. Statt staatlicher Abwertungswettläufe erreichen wir so mehr Währungsstabilität. Das führt zu wirklich freiem Handel, weil die Preise der Güter weltweit besser vergleichbar werden. Investitions- und Anlageentscheidungen werden weltweit rationaler, statt die Gefahr von Blasenbildung an Aktien- oder Immobilienmärkten zu erhöhen.

Wir fordern:

- Europa darf sich keinesfalls in den destruktiven Wettstreit um künstlich billige Währungen einschalten. Die EZB darf nicht die Geldmenge in der Absicht ausweiten, den Euro-Währungskurs nach unten zu drücken, denn damit verringert sich die Kaufkraft unserer Währung und damit der Bürgerinnen und Bürger in der EU.
- Exportmarktanteile wollen wir mit innovativen, einzigartigen und zuverlässigen Produkten gewinnen, nicht mit unfairer Zoll- oder Währungspolitik. Die europäische Wirtschaft ist stark genug, um ohne unlautere Hilfsmittel Kunden auf der ganzen Welt zu finden.
- Für einen starken Euro brauchen wir nicht nur eine stabilitätsorientierte Geld- und Währungspolitik, sondern auch ein höheres Wachstum der Produktivität der europäischen Wirtschaft, das wir durch offene Märkte, Wettbewerb, Forschung und Innovation erreichen können.
- Die Europäische Union muss zum Schutz der europäischen Sicherheit, des fairen Wettbewerbs und der nachhaltigen Marktwirtschaftsentwicklung ein Investitionsschutzabkommen mit China abschließen. Bei ausländischen Investitionen in kritische Infrastruktur wollen wir das europäische Investitionsscreening verbessern und einheitliche Standards in Europa schaffen.
- China muss Asymmetrien beim Marktzugang zügig abbauen. Dafür brauchen wir einen europäischen Fahrplan, der auf Reziprozität setzt. Deutschland sollte gemeinsam mit seinen europäischen Partnern zeitnah den Beitritt zum WTO-Übereinkommen über das öffentliche



Beschaffungswesen von China einfordern, außerdem muss China bei der nächsten WTO Ministerkonferenz 2020 endlich Reformvorschläge mitbringen. Die Europäische Kommission braucht mehr als eine China-Strategie, wir brauchen einen überzeugenden diplomatischen Ansatz, dass mittelfristig alle Sektoren für ausländische Investitionen frei zugänglich sein werden. Wir sind überzeugt, dass Wettbewerb und Innovation auch der Schlüssel für China auf dem Sprung zum Industrieland ist, deshalb ist auf Gegenseitigkeit beruhende Öffnung und Offenheit gewinnbringend.



Ansprechpartner:  
Alexander Graf Lambsdorff MdB, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, Telefon: 030 227 - 78360 - E-Mail: [alexander.graflambsdorff@bundestag.de](mailto:alexander.graflambsdorff@bundestag.de)